

Vom 12. bis 14. Juni 2017 fand in Dresden die 206. Tagung der Innenministerkonferenz (IMK) statt. Wie immer war die »Bekämpfung der Kriminalität« Programm und Ergebnis zugleich. Deutschland war vorher unsicher, jetzt ist es sicherer.

Die komplette Abschaffung der Gefahr konnte wie bei den 205 vorangegangenen IMK-Tagungen auch diesmal nicht erreicht werden. Erstens weil der schreckliche Föderalismus das sicherheitspolitische Durchregieren verhindert. Zweitens weil Deutschland nur knapp 0,24 Prozent der Landfläche der Erde einnimmt, was dazu führt, dass es nur begrenzten Einfluss auf die Sicherheitslage der Welt hat. Sachsen zum Beispiel hat fünfnaund Millionen Euro Schulden, aber nur vier Millionen Einwohner, das sind 0,05 Prozent der Weltbevölkerung, die im Jahr 2016 um 83 Millionen Menschen angewachsen ist. Die Chance, dass die Schleierfahndung zwischen Dresden und Bautzen sich in Kairo (9,5 Millionen Einwohner), Mexiko-Stadt (20 Millionen) oder Shanghai (24 Millionen) herumprallt, ist also klein. Drittens weiß man, dass tiefe Besorgnis über die Sicherheitslage zur Natur eines Innenministers gehört wie der Todesruf zum Waldkauz und dass eine gewisse Grundregung über Bedrohungen die Orientierung der Deutschen im Weltenlauf meist sehr erleichtert. Nach der Innenministerkonferenz ist also stets vor der Innenministerkonferenz. Die 207. Konferenz findet in einem halben Jahr statt.

### Die Lage

In Deutschland wird, wie es sich in diesen Zeiten gehört, angeblich alles immer schlimmer. Nach einer Woche mit Live-Schaltungen vom Rande der Innenministerkonferenz ist das besonders deutlich; überdies steht die »heiße Phase« des Bundestagswahlkampfes vor der Tür; da steigt die sicherheitspolitische Sensibilität besonders hoch.

Die Sicherheit des Lebens und der Rechtsgüter hat objektiv und im Bewusstsein der Bevölkerung zu Recht hohe Bedeutung. Niemand möchte sich bedroht fühlen, und kein Opfer einer Straftat darf mit der Auskunft abgefertigt werden, es habe sich wieder einmal ein statistisches Risiko verwirklicht.

»Jede Straftat ist eine zu viel« ist ein ebenso banaler wie wahrer Spruch. Während der letzten Jahrtausende ist es der menschlichen Zivilisation allerdings nicht gelungen, vollständige Sicherheit herzustellen. Daher wird die nach jedem Verbrechen und jeder Katastrophe neu ersonnene Experten-Auskunft »Hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben« voraussichtlich auch künftigen Generationen zuteilwerden. Und die Polizei wird weiterhin behaupten, ein Paradies der Sicherheit lasse sich vielleicht erreichen, wenn man ihr nur endlich eine letzte noch fehlende Befugnis erteile. Angesichts dessen mag es emotional sperrig sein, ist aber in der Sache wichtig, Rationales und Irrationales, Wichtiges und Unwichtiges auseinanderzuhalten. Der Kommunikation über innere Sicherheit kann man sich mit einem Listen-Modell annähern.

**Liste 1** der Bedrohungen können Sie den Nachrichten sowie den Interviews von Innenpolitikern entnehmen: In Deutschland wird immer noch in Wohnungen eingebrochen, es werden immer noch Kinder sexuell missbraucht, immer wieder sterben Menschen im Straßenverkehr. In den Städten laufen Personen umher, die Drogen mit sich führen, Geldstrafen nicht bezahlt haben oder aus anderen Gründen gesucht werden. An möglichen Orten von Straftaten werden Millionen von Spuren hinterlassen, die noch nicht vollständig genetisch entschlüsselt werden dürfen. Plätze sind nicht flächendeckend mit polizeilichen Kameras ausgerüstet. Die Kommunikation und der Zahlungsverkehr der Bevölkerung spielen sich teilweise noch in unüberwachten Sphären ab. Zehnjährige Kinder verfallen dem Islamismus. Menschen, die sich wahrhaftig im Land einer Reichsverschwendung glauben, vergraben Waffen für den Tag der Auferstehung.

In den Worten der Empörungsmagazine: »Immer mehr« Menschen werden Opfer von »immer mehr« Taten. Das ist, soweit es alarmistisch einen sich beschleunigenden Anstieg suggeriert, überwiegend falsch, auf eine banale Weise aber unbestreitbar: Kaum ist eine Tat aufgedeckt, folgt die nächste, und so haben wir von allem immer mehr: Taten, Täter, Opfer und Sicherheitsexperten. Die Liste der aktuellen Unsicherheiten soll hier nicht lächerlich gemacht werden. Viele der Gefahren und Schadenswahrscheinlichkeiten bestehen tatsächlich. Trotzdem oder gerade deshalb ist es notwendig, die Bedrohungen zu relativieren, also in einen Bezug zu ihrer Umgebung zu setzen.

**Liste 2** stammt aus dem Universum der Apokalypiker und vergiftet von dort aus das Klima. Sie enthält frei erfundene oder maßlos übertriebene Gefahren, die Angst schüren und selbst von der Kopflosigkeit leben. Die verbreitetsten haben mit Fremdem und Unbegreiflichem zu tun: Mal sind es Afrikaner, mal »die da oben«, mal Lumpenpack, mal ausländische (Computer-)Viren, mal die Gene. Das Internet ist voll von erfundenen Horrormeldungen, aufgebauchten Beschuldigungen und Bezeugungen der Sehnsucht nach einer irgendwie befreienden Gewalt.

**Liste 3** enthält Nachrichten aus einer seltsam fernen Welt: Deutsche Finanzbehörden haben 31 Milliarden Euro ungerechtfertigt Steuerstrafen für mindestens groß missbräuchliche Aktiengeschäfte (»Cum-Cum« und »Cum-Ex«) ausgeschrieben. Jahrelang wurden von Autokonzernen Millionen Kraftfahrzeuge unter Vorspiegelung falscher und Unterdrückung wahrer Tatsachen zum Zwecke

der Bereicherung an die Bevölkerung verkauft. In großem Stil werden die Regelungen zum Mindestlohn und zur Abführung von Sozialabgaben missachtet. Massenhaft werden auf deutschen Baustellen illegale Arbeiter unter skandalösen Bedingungen ausbeutet.

Durch betrügerische Umsatzsteuer-Karusells entstehen pro Jahr zehn Milliarden Euro Schäden. Zehn Milliarden Euro verschwinden in Abrechnungsbetrügereien und Schmiergeldzahlungen des chaotischen Gesundheitssystems. 20 Jahre nach Beginn des »konsequenten Kampfes« gegen die sogenannte Geldwäsche wird deren Umfang in Deutschland auf jährlich »zwischen 30 und 100« Milliarden Euro geschätzt.

Fast alle Nachrichten enden mit dem Hinweis, die Sache sei überaus kompliziert. Die beklagte Wertzahl von Ermittlern muss sich daher auf eine winzige Auswahl beschränken und selbst hierüber so lange grübeln, dass die »konsequente Bekämpfung« allenfalls ein paar besonders Einfallige unter den Verbrechern trifft und ansonsten mit symbolischen Schuldsprüchen oder preisgünstigen Verfahrenseinstellungen aus purer Erschöpfung endet.

Dem sogenannten einfachen Bürger ist das zu hoch. Er hört davon, versteht es aber nicht. Er denkt, da könne man sowieso nichts machen. Er empört sich gern darüber, dass man die Großen immer laufen lasse, und will doch selbst meist nur die Kleinen hängen. Die Frage, ob hinter dem Verschwinden von 300000 Millionen Euro in der letzten Finanzkrise möglicherweise Strukturen des organisierten Verbrechens steckten, interessiert ihn nicht, solange das Superbenzin billig ist und das Auto nicht von Rumänen geklaut wird.

**Liste 4** enthält »Strafbarkeitslücken«, die unser Bundesjustizminister – in einer Überschrift der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wurde er kürzlich »Bundesinnenminister Maas« genannt – bisher übersehen hat. In diesen Lücken leben wundersame



Kameras, die sich gegenseitig kontrollieren: Bald Realität statt Dystopie?

Foto: JABU/GETTY IMAGES (oben) space/malabon, SPINNY, AUTISTEN

Die deutschen Innenminister haben getagt und neue Maßnahmen getroffen. Ein Ziel: Mehr Überwachung. Wird Deutschland jetzt sicherer? Unser Autor bezweifelt das

# Sicherheit und Sinn

VON THOMAS FISCHER

Phänomene: die Verseuchung des Grundwassers ganzer Landschaften durch Nitrate aus Gülle etwa, die Vernichtung von Millionen von »Altersvorsorge«-Plänen durch den interplanetaren Kapitalmarkt, das Aussterben von Fischen im Meer und von Bauern in Afrika und vieles mehr. Solche Lücken zu schließen dauert länger als vier Jahre, hat also in Wahlkämpfen keine Chance.

6500 Millionen Euro Brennelementsteuer, die von den Atomkraftkonzernen jahrelang auf die Preise umgelegt wurden, können, so hörten wir zwei Stunden nach Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, »problemlos aus dem laufenden Haushalt« an die Konzerne zurückgezahlt werden. Das nenne ich eine zügige Aufarbeitung! Ist es ein Wunder, eine beiläufige Vattenfall-Rettung oder eine weitere Strafbarkeitslücke? Könnte es sein, dass hier jemand einen Fehler gemacht hat, der doppelt so teuer ist wie alle Fehler der Flüchtlingspolitik zusammen? Hat das mit der inneren Sicherheit zu tun? Ist mit ersten Festnahmen zu rechnen?

**Liste 5** hat nur eine Position: den internationalen Terrorismus. Er ist immer da. Er kann alles, bedroht alles, will nichts. Wenn wir ihn besiegt haben, wird die Welt für immer sicher sein. Die Älteren kennen ihn aus den fünfziger Jahren, als er in Kuba wütete, aus den Sechzigern, als er sich im Nahen Osten einnistete. Zeitweise verbrachte er sich in Vietnam und verwüstete den Kongo, Südafrika und Nordirland. Er beging Straftaten in Spanien, Somalia, Tschetschenien, Ägypten, dem Irak, Anatolien, Libyen, dem Sudan, Syrien, Afghanistan, Bolivien. Nach Ansicht der Chinesen liegt sein Hauptquartier in Tibet, nach Ansicht der Inder in Pakistan, nach Ansicht der Russen in der Ukraine. In Deutschland untersuchen jetzt hundert Politiker, ob der Mörder Anis Amri vor seiner Tat hätte festgenommen werden können. Sobald das schuldige Landeskriminalamt gefunden ist, wird alles wieder gut. Vorerst verkaufen

deutsche Unternehmen weiter Waffen an alle Kriegsparteien, lassen sich aber selbstverständlich schriftlich geben, dass die Ware nur in demokratische Hände gelangen wird. Die Bundesregierung einigt sich mit der demnächst vielleicht wieder existierenden libyschen Innenverwaltung auf eine wirksame Terrorismprevention im südlichen Mittelmeer.

### Erinnerungen ...

Bedrohungen kommen und gehen, Aufgeregtheiten auch. Erinnern Sie sich noch an die Bedrohung von Deutschlands Sommermärchen durch 50000 an der Ostgrenze wartende tschechische Zwangsprostituierte unter der Knute osteuropäischer Menschenhändler? An die täglichen Überfälle von Kampfhunden? An die Gewaltexzesse an Grundschulen? Wissen Sie noch, wie wir die rumänischen Einbrecherbanden im Jahr 2003 bekämpften, die polnische Autodiebstahlmafia 1993? Haben Sie die ganze Härte des Rechtsstaats in Erinnerung, die über die Kinderschänder in Priester-, Lehrer-, Sozialarbeiter-, Vater- und Pfadfinder-Verkleidungen hereinbrach?

Heute erobern nordafrikanische Antänzer angeblich ganze Großstädte. In sich kreuzenden Welten erreichen uns die Nachrichten, jedes dritte Kind werde missbraucht, jede achte Frau vergewaltigt, jeder fünfte Pflegebedürftige gequält. In einer Woche ist jeder zweite Jugendliche Opfer von Mobbing, in der nächsten Woche plötzlich jeder dritte Täter von Pornografieverbreitung und Gewalt. Pubertierende Mädchen mit Kopfruch sind am Montag geschundene Opfer, am Mittwoch Symbole einer neuen Zeit, am Freitag verarmte Argentinens des Terrors. Eine öffentliche Kommission wird »zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs in der Bundesrepublik und der DDR« beschäftigt. Eine schöne Aufgabe für die nächsten vierzig Jahre.

### ... und Erfolge

Wissen Sie, verehrte Leser, wie viele Gesetze zur Bekämpfung von Kriminalität in den letzten zehn Jahren erlassen wurden? Es waren ungefähr fünfzig, allein im Strafgesetzbuch, und gewiss noch einmal so viel im Prozessrecht, Telekommunikationsrecht, Polizeirecht und so fort. Wir haben die Reisen ins Terrorcamp verfolgt und ihre Finanzierung, die Propaganda und die Organisationen im Ausland. Die Bundesanwaltschaft wird in Kürze fast nur noch aus Terrorbekämpfern bestehen. Geldwäschebekämpfer planen die Abschaffung des Bargelds, damit jede mit Geld verbundene Lebensäußerung lückenlos digital überprüfbar ist und so jeder Verbrecher aufgespürt werden kann.

»Die ganze Härte des Rechtsstaats« ist Dutzende Male herabgeflucht worden. Wir haben die Strafdrohungen Dutzende Male erhöht, die vorbeugende und die nachträgliche Sicherungsverwahrung eingeführt, den Staatstrojaner programmiert, die Telekommunikation flächendeckend überwacht. Das alles mag jeweils in seiner inneren Logik einen Sinn und auch gewisse Effekte haben, die man als »Erfolge« ausgeben kann. Ob es die Sicherheit insgesamt gesteigert hat, weiß man nicht.

### Sicherheit

Vor Beantwortung der Frage »Wie wird Deutschland sicherer?« muss man eine andere Frage stellen: Was ist mit »Sicherheit« gemeint? Die Antwort scheint leicht: Eine möglichst geringe Wahrscheinlichkeit, dass die jeweils für wichtig gehaltenen Rechtsgüter verletzt werden. Daran hängt alles. Aber welche Rechtsgüter sind wichtig? Das ist schon weniger einfach zu beantworten. In Zeiten äußerster Not reduziert sich Sicherheit aufs Lebensnotwendige, in Zeiten des Aufbruchs auf den Erfolg der vertrauten Gruppe. In unserer neuen, »postmodernen« Zeit der maximalen Vereinzelung ist das Innerste, die »Person«, der Kern des Selbst zum höchsten aller Güter geworden. Der Mensch will sicher leben. Wie sonst? Die Fantasien der aktuellen Freizeitskultur mit ihrer angeblich naturgegebenen Erfüllung des Menschseins in immerwährendem Kampf sind nur Reflexionen unserer Sehnsüchte und Alpträume. Sie sind nicht die Wirklichkeit des Menschen. Wir zahlen immer teurer und mit immer mehr Herzblut für die Träume von der Beherrschung aller Gefahren.

### Verheißung

Die 206. Tagung der IMK hat, wie alle anderen zuvor, die üblichen Nachrichten über große Erfolge und kurz bevorstehende neue Maßnahmen in die Welt gesandt. Erstes Problem: Angesichts des ständigen Alarmismus desselben Personals glaubt niemand mehr, dass das stimmt oder etwas nützt. Und irgendwie weiß auch jeder, der ein wenig nachdenkt: Ob in Berlin die Schleierfahndung eingeführt wird, ist für die Sicherheit Deutschlands so belanglos wie die Anordnung, sechsjährige Syrerinnen erkenntungsdiensichtlich zu behandeln.

Zweites Problem: Wenn man immerzu nur nach dem möglichen Mehr an Maßnahmen fragt und dabei den Zusammenhang mit der Verfassung der Gesellschaft insgesamt vergisst, öffnet man ein gefährliches Tor. Es kann dann jederzeit gefragt werden, aus welcher rätselhaften Gründen man Sechsjährige überwachen lässt, aber nicht Fünfjährige. Warum man die gentechnische Analyse des Geschlechts und der ethnischen Zugehörigkeit von Spurenversuchern erlaubt, nicht aber die ihrer erblichen Krankheiten. Warum man anlasslos Kontrollen und Durchsuchungen nur auf öffentlichen Straßen und nicht auch in Wohnungen zulässt. »Wer nichts zu verbergen hat, muss auch nichts befürchten« – das ist eine Parole, mit der von jeher in jedem totalitären Staat der Welt für »Sicherheit« gesorgt wurde.

Denn »Sicherheit« ist eine nach oben offene Forderung – immer unermesslich: Sie ist, wenn man ihren Sinn auf Kontrolle und Verfolgung beschränkt, ein totalitärer Begriff. Man könnte ja immer noch unendlich viel mehr tun: allen Personen mit radikalen politischen Ansichten elektronische Fußfesseln anlegen; alle Patientendaten aller Psychologen und Psychiater beschlagnahmen; alle Alkoholiker als Gefährder von Frauen und Kindern registrieren; jährliche Wiederholungen der Fahrerlaubnisprüfung vorschreiben; alle Wohnungen vorsorglich alle drei Jahre durchsuchen; alle pornografischen Google-Suchen automatisch an die Stadtverwaltung und an eine Kommission zur Bekämpfung von Gefährdungen übermitteln. Man könnte auch eine Befragung in allen deutschen Familien, Kindergärten und Schulen durchführen, um alle Gefährdungspotenziale für Fehlverhalten frühzeitig zu erkennen.

Am Ende bleibt: Wie definieren wir »Sicherheit«? Vor allem: Wie erleben und definieren wir ihr Gegenteil? Wer ist »wir«, und wer ist der jeweils Andere, Bedrohliche? Dass die Innenministerkonferenz uns das in den nächsten 206 Tagungen beantworten wird, ist unwahrscheinlich. Es kommt nicht auf immer mehr Überwachung von oben, sondern auf Bürgersinn von unten an. Dazu gehören Offenheit der Kommunikation, Verständnis für das Fremde, Rationalität gegenüber unvermeidlichen Gefahren und die Einsicht, dass über Grundlagen und Ausmaß von Sicherheit und Freiheit im sozialen Leben entschieden wird, nicht beim Bundeskriminalamt. Die ständige Alarmmeldung, Deutschland befände sich am Abgrund der Unsicherheit, zerstört viel und hilft wenig.

Thomas Fischer war bis Mai Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof und ist Verfasser des bedeutendsten Kommentars zum deutschen Strafgesetzbuch